

Vermögensabgabe? – Ja bitte!

Die deutsche Bundesbank bringt im Kampf gegen die Eurokrise endlich eine Vermögensabgabe für Krisenstaaten ins Spiel. Um drohende Staatspleiten abzuwenden, sollen hochverschuldete Länder ihre Vermögenden zur Kasse bitten.

Eine solche Abgabe könnte die öffentlichen Schulden schnell senken. Die schädliche Kürzungspolitik würde überflüssig und die Krise könnte schneller überwunden werden.

Da die Abgabe rückwirkend erhoben werden kann, droht auch nach Meinung der Bundesbank keine Kapitalflucht. Zudem hätte die Abgabe eine positive verteilungspolitische Wirkung, wenn nur die Reichen zahlen müssten. Soweit so gut.

Doch warum sollte es die Vermögensabgabe nur in Krisenländern geben? Geht es nach der Bundesbank sollen die Reichen in Deutschland nicht zum Schuldenabbau beitragen. Absurd!

Schließlich ließ die von Banken und Spekulanten verursachte Finanzmarktkrise auch hier die Staatsverschuldung stark anwachsen. Allein die Kosten der Bankenrettung belaufen sich in Deutschland auf stolze 300 Milliarden Euro.

Deswegen fordert ver.di schon länger eine Vermögensabgabe für alle Euroländer. So könnten Schulden überall schnell reduziert werden, und es wäre wieder Geld da für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Umwelt.



Die Schulden der Einen sind die Vermögen der Anderen

Vermögen privater Haushalte und Staatsverschuldung in Milliarden Euro

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

